

Entscheidende Phase in Ludesch

Die Initiative Ludesch appelliert an die Landesregierung, das Ergebnis der Ludescher Volksabstimmung zu respektieren, sich an der weiteren Entwicklung des Neuguts, der Gemeinde Ludesch und der Rahmbedingungen der Getränkeindustrie im Sinne eines best practice Beispiels für zukunftstaugliche kommunale und regionale Politik zu beteiligen und den Schutz der Landesgrünzone zu verbessern.

Bei einem Treffen kurz vor Weihnachten wurde der Initiative Ludesch mitgeteilt, dass sich die Gemeinde Ludesch an die Landesregierung wenden wird, um abzuklären, was deren konkrete Absicht bzgl. der Herausnahme von Flächen aus der Landesgrünzone auch für „Ludescher Betriebe“ ist. Gebe es keine „klare Ansage“, werde, so BM Martin Schanung, ein neues Projekt „Rauch-Erweiterung“ auch vonseiten der Gemeinde Ludesch nicht weiterverfolgt.

Unklare Aussagen von LR Tittler - Beim Treffen zwischen der Initiative Ludesch und den Gemeindeverantwortlichen wurden die beiden von Prozessleiter Manfred Walser im vergangenen November vorgelegten Lösungsansätze für das Ludescher Neugut besprochen und das mögliche weitere Vorgehen erörtert. BM Martin Schanung und VBM Heike Hartmann zeigten sich über die Aussagen von LR Tittler im Endbericht irritiert. Diese seien zu wenig konkret, das Land solle sich eindeutiger positionieren. Man werde eine „klare Ansage“ einfordern.

Der Endbericht des von der Gemeinde Ludesch im April 2021 initiierten Lösungsprozesses bestätigt das Ergebnis der Volksabstimmung und macht der Gemeindevertretung von Ludesch zwei konträre Vorschläge (Nachdenkpause, zuwarten und nicht bauen bzw. umwidmen und bauen, ein neues Projekt „Rauch-Erweiterung“) und möchte einen erneuten Diskussionsprozess über die Zukunft des Neuguts anregen. Das stößt bei einem Groß der Ludescher Bevölkerung auf Unverständnis. Für sie wurde per Volksabstimmung grundsätzlich entschieden, was mit den Flächen im Neugut passieren soll. Sie sollen Teil der Landesgrünzone bleiben und sie sollen im Sinne einer enkeltauglichen Zukunft genutzt werden. Auch stellt sich inzwischen für viele Ludescherinnen und Ludescher die Frage, ob es denn nichts Wichtigeres im Dorf als die Raucherweiterung gibt – zumal das Volk doch entschieden hat?

BM Schanung möchte ein neues Projekt „Rauch-Erweiterung“ unter der Voraussetzung verfolgen, dass die Gemeinde Gestaltungspielraum hat und sich im Neugut auch Ludescher Betriebe ansiedeln können. Damit nimmt die Gemeinde Ludesch in Kauf, dass das Ergebnis der Volksabstimmung, das sich für die Beibehaltung der bestehenden Flächenwidmung Freifläche Landwirtschaft (FL) ausspricht, hintergangen wird.

Überschreiten einer roten Linie - Mit dem Verfolgen eines neuen Projekts „Rauch-Erweiterung“ ins Neugut droht für die Initiative Ludesch das Überschreiten einer roten Linie. Der Endbericht hat das Ergebnis der Ludescher Volksabstimmung bestätigt und aufgezeigt, dass eine Mehrheit der Bevölkerung die Beibehaltung der bestehenden Widmung nach wie vor befürwortet.

Eine Demokratie, in der sich die politischen Entscheidungsträger über eine demokratische Mehrheitsentscheidung hinwegsetzen, hört auf, eine Demokratie zu sein. Das gilt grundsätzlich und ist keine Frage des Maßstabs, sprich, es gilt im Großen wie im Kleinen.

Die Initiative Ludesch befürwortet eine Nachdenkpause. Für sie gilt es „die Zeit des Moratoriums bestmöglich zu nutzen, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie sich das Neugut, die Gemeinde Ludesch und die Rahmenbedingungen für die Getränkeindustrie im Sinne einer tatsächlich enkel-tauglichen Zukunft entwickeln lassen.“

Offener Brief an die Landesregierung und den Landtag - Der offene Brief fordert die Landesregierung auf, das Ergebnis der demokratischen Mehrheitsentscheidung zu respektieren und die Flächen im Neugut in der Landesgrünzone zu belassen. Eine Herausnahme für den kommunalen Bedarf an Gewerbeflächen würde einen Dammbbruch im Umgang mit der Landesgrünzone darstellen, gegen den sich bereits breiter Widerstand formiert hat. Von der Allianz für Bodenschutz über den Vorarlberger Naturschutzrat hin zum „Koalitionspartner“, den Vorarlberger Grünen.

Sie fordert die Landesregierung auf, den Schutz der Landesgrünzone im Sinne der Bodenschutzstrategie des Bundes, der Biodiversitätsrichtlinie 2030 der EU und der Umsetzung der Alpenschutzrichtlinie zu verstärken, und sich aktiv an der Weiterentwicklung des Neuguts, der Gemeinde Ludesch und der Rahmenbedingungen der Getränkeindustrie (Rauch, Ball, Red Bull) im Sinne einer tatsächlich enkel-tauglichen Zukunft zu beteiligen und die Gemeinde Ludesch darin zu unterstützen. Dafür macht sie eine Reihe konstruktiver Vorschläge, die in einem Anhang näher vorgestellt werden. Die Initiative bittet die Landesregierung zwecks Erörterung der Vorschläge und Gedankenaustausch, um die Aufnahme von Gesprächen binnen vier Wochen.

Die Initiative wendet sich auch an die höchste demokratische Institution des Landes, den Vorarlberger Landtag. Damit unterstreicht sie die grundsätzliche Wichtigkeit der Anerkennung einer demokratischen Mehrheitsentscheidung durch die politischen Entscheidungsträger. Der offene Brief ersucht die Landtagsabgeordneten an die Landesregierung zu appellieren, das Ergebnis der Volksabstimmung zu respektieren und die Flächen in der Landesgrünzone zu belassen.

Zudem fordert der Brief den Landtag auf, auch an die Ludescher Gemeindevertreter zu appellieren, kein Projekt zu befürworten, das sich über das Ergebnis der Ludescher Volksabstimmung hinwegsetzt.

*

Pressekontakt: Christoph Aigner, 0664 804 23 11 28